



Preis für politische Bildung



DVPB
Landesverband MV

FÜR EINE STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IN MV

Angesichts der aktuellen Herausforderungen (Rechtsextremismus, Akzeptanz von Migration, Stärkung des europäischen Gedankens etc.) für eine starke demokratische Gesellschaft ist die Bildung von Demokratiekompetenzen von herausragender Bedeutung. Dies ist die Aufgabe politischer Bildung – umso wichtiger ist es, hierfür langfristig und nachhaltig Ressourcen zu sichern und professionell zu agieren.

Die Situation der schulischen wie der außerschulischen politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken, ist das Anliegen der DVPB- MV.

1. Wir fordern eine Stärkung der politischen Bildung in den Schulen des Landes!

Das Unterrichtsfach Sozialkunde wird häufig von Kolleginnen und Kollegen unterrichtet, die hierfür nicht die Lehrbefähigung erworben haben. Alle Kolleginnen und Kollegen sind engagiert und in hohem Maße bemüht, die fachlichen und didaktischen Standards zu gewährleisten. Das Fach Sozialkunde ist ein komplexes Fach aus den Disziplinen Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaft und Recht. Wer dies unterrichtet, sollte hierfür qualifiziert sein bzw. sich in entsprechendem Maße nachqualifizieren können.

Die derzeitige Ausbildungssituation der Referendarinnen und Referendare ist unbefriedigend. Die gemeinsame Betreuung der Sozialkunde-Referendar/innen mit den Referendar/innen des Faches AWT wird der Komplexität und fachlichen Herausforderung weder des Faches Sozialkunde noch des Faches AWT gerecht. Die Fächer verfügen weder mit Blick auf den Rahmenplan noch auf die im Studium vermittelten Kompetenzen über nennenswerte Überschneidungen. Diese Kombination innerhalb der Referendar-Ausbildung gefährdet die Vermittlung und Festigung fachspezifischer Lehrkompetenzen (Kontroversität, Problemorientierung). Gerade die jungen Kolleginnen und Kollegen bedürfen besonderer Unterstützung. Die in vielerlei Hinsicht prekäre Ausbildungssituation der Referendarinnen und Referendare in MV sollte hier nicht noch weiter beschädigt werden.

Wir sehen die Notwendigkeit eines strukturierten Curriculums für die Referendar-Ausbildung mit der Trennung der Fächer AWT und Sozialkunde. Daneben ist ein kontinuierlicher und aufeinander abgestimmter

Fortbildungskatalog für das Fach Sozialkunde für die tätigen Kolleginnen und Kollegen notwendig, um deren fachliche Qualifikation zu unterstützen und zu erhalten.

2. Die Verankerung des Faches innerhalb der Studentafel mit teilweise nur einer Wochenstunde degradiert Sozialkunde zum scheinbar unwichtigen „Randfach“. Uns ist bewusst, dass eine durchgängige zweistündige Verankerung nicht zeitnah umgesetzt werden kann, dennoch ist dies für die Herausbildung von Handlungs- und Urteilsfähigkeit als Ziele politischer Bildung eine dringende Notwendigkeit. Nur in einem zweistündig angelegten Fach lassen sich urteilsorientierte Makromethoden umsetzen und langfristige Lern- und Einstellungsprozesse initiieren.

In der Gymnasialen Oberstufe ist es derzeit möglich, das Fach Sozialkunde abzuwählen. Nur in einigen Schulen ist es als Prüfungsfach oder Hauptfach wählbar. Gleichzeitig suggeriert das vierstündige Pflichtfach Geschichte/Politische Bildung, politische Bildung wäre dennoch in den Klassen 11 und 12 verankert. Das Fach Geschichte/Politische Bildung darf ausschließlich von Geschichtslehrerinnen und -lehrern angeboten werden. Die Praxis zeigt, dass der Bereich der Politischen Bildung aufgrund der Stellung im Rahmenplan und der fachlichen Schwerpunktsetzung durch die unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen hier mehr als vernachlässigt wird. Die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen sind unbefriedigend.

Nur eine Trennung des Faches „Geschichte/Politische Bildung“ in die beiden Bestandteile „Geschichte“ und „Politische Bildung/Sozialkunde“ als verpflichtende zweistündige Fächer in den Klassen 11 und 12, kann differenzierte Lernprozesse ermöglichen.

3. Wir fordern eine Stärkung der außerschulischen politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern.

Die außerschulische politische Bildung ist ein zentrales Feld der Erwachsenenbildung. Politische Bildung darf dabei nicht in Konkurrenz zu anderen Feldern der Weiterbildung stehen. Sie muss in ihren Spezifika geschützt und in ihrer Qualität gestärkt werden.

Politische Bildung lebt von der Vielfalt und Professionalität der Anbieter. Gerade die Breite des Trägerspektrums ist ein Qualitätsmerkmal. Die aktuellen Finanzierungsgrundlagen und Förderrichtlinien gefährden diese Vielfalt jedoch. Zum einen ist seit Jahren kein Zuwachs der Finanzierungsmittel im Bereich der politischen Bildung im engeren Sinne zu verzeichnen. Zum anderen gefährdet die reine Projektfinanzierung den Erhalt von Trägern und die Sicherung deren Qualität. Um innovative Projektideen und neue Formen der Vermittlung entwickeln und ausprobieren zu können, ist eine Finanzierung von Mitarbeitern über Einzel-Projekte hinaus notwendig. Dies scheint zunehmend nicht mehr möglich zu sein. „Projektitis“, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Selbstausbeutung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Alltag – dies steht qualitätsvollen Bildungsprozessen entgegen.

Die Sicherung der Qualität der außerschulischen politischen Bildung ist vorrangig Aufgabe der Anbieter/Träger selbst. Diese in ihrem Anliegen zu unterstützen, ist Ziel der DVPB! Aus unserer Sicht kann die Qualität nur durch eine finanzielle Sicherung der Träger und ihrer Arbeit und eine Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung als Koordinator und Ideenpool für die politische Bildung in MV gesichert werden.

Die DVPB engagiert sich als unabhängige Interessenvertretung seit Jahren für die politische Bildung im Bundesland!

4. Für die Stärkung der schulischen wie der außerschulischen politischen Bildung bedarf es einer öffentlichen Wertschätzung!

Wir werden hierfür einen „Preis für politische Bildung MV“ – mit Beginn 2016 – vergeben. Der Preis wird jährlich für herausragende Leistungen im Bereich von Facharbeiten an Schülerinnen und Schüler sowie an die betreuenden Lehrkräfte vergeben. Eingereicht werden können Facharbeiten und Präsentationen aus der gymnasialen Oberstufe und der Regionalschule. Der Preis wird mit 150 Euro für den ersten Preisträger und einem Bücherpaket für die Schule prämiert.

Für den außerschulischen Bereich wird der Preis alle zwei Jahre für Projekte von Trägern der politischen Bildung vergeben, die sich in besonders innovativer Art mit den Herausforderungen des Bundeslandes beschäftigt haben. Dieser Preis ist undotiert.

Die Übergabe der Preise erfolgt jeweils im Rahmen des Jahreskongresses Politische Bildung und dem Sozialkundelehrertag.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bitten wir um Unterstützung bei der Bekanntmachung der Ausschreibung sowie bei der Besetzung der Jury für diesen Preis.

Rostock, im Mai 2015

Der Vorstand der DVPB

Dr. Gudrun Heinrich

Susanne Krüger

Tino Leipold

Mandy Kröppelien